

p.B.58.2.-Eurokommunismus - BJN/MKG/ny  
p.B.51.20.(3)

Bern, den 28. Juli 1977

1. B. 73.3.0.

*ave*  
*h*

Vertraulich

L A G E K O N F E R E N Z

Eurokommunismus

1. In dem seit dem Abschluss der Gipfelkonferenz der europäischen kommunistischen Parteien in Berlin zurückgelegten Jahr hat sich gezeigt, dass die Formelkompromisse des Berliner Schlussdokuments die Meinungsverschiedenheiten unter den europäischen Kommunisten nicht überdecken, geschweige denn überwinden konnten. Im Gegenteil: die Gegensätze zwischen den sowjetisch geführten Parteien auf der einen und den Eurokommunisten auf der anderen Seite haben sich seither eher noch weiter zugespitzt. Schlagartig zeigte sich das an der Polemik um Carillos Buch "Eurokommunismus und Staat", welche durch einen Artikel in der sowjetischen Zeitschrift "Neue Zeit" am 23. Juni ausgelöst und seither eine ganze Reihe von Stellungnahmen hüben und drüben hervorgerufen hat.
  
2. Die Angelegenheit "Carillo" offenbart einmal mehr die Vieldeutigkeit und Vielschichtigkeit des Begriffs Eurokommunismus und die Vielzahl der Probleme, die damit aufgeworfen werden. Umstritten bleibt weiterhin, ob es überhaupt einen Eurokommunismus gibt, und wenn ja, worin er besteht. Die Frage ist nicht akademisch. Nicht nur dass es viele Kommunisten und Antikommunisten gibt, die aus verschiedenen Motiven und mit verschiedenen Argumenten die Existenz des Eurokommunismus leugnen. Das Verhalten der westlichen Staaten, auch der Schweiz, wird ein anderes sein, je nachdem wie die Frage zu beantworten ist.

Aussenstehende assoziieren mit dem Begriff Eurokommunismus meist eine demokratische Erneuerung des Kommunismus also eine neue Spielart der marxistischen Theorie und Praxis, die sich auf



dem Boden der westlichen, hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften herausgebildet hat und die in ihrer Zielsetzung, wie in ihrer Strategie den Bedingungen dieser Gesellschaft Rechnung trägt. Dieses vor allem in Italien und Spanien entwickelte Sozialismusmodell würde etwa beinhalten:

- Anerkennung der demokratischen Spielregeln; also freie Wahlen und Abwählbarkeit einer kommunistischen Regierung;
- Parteienpluralismus ohne Führungsrolle der kommunistischen Partei;
- breite Allianzen demokratischer Kräfte;
- Unabhängigkeit der kommunistischen Parteien von einem ideologischen und politischen Zentrum, d.h. unter den heutigen Bedingungen von Moskau; oder mit den Worten des Berliner Schlussdokuments "die strenge Wahrung der Gleichberechtigung und souveränen Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der freien Wahl verschiedener Wege im Kampf um die fortschrittliche gesellschaftliche Umgestaltung und für den Sozialismus";
- Gewährleistung der persönlichen "bürgerlichen" Freiheiten;
- keine Staatsideologie;
- bei Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Erhaltung der privaten Initiative im Rahmen demokratischer Planung.

Kernpunkte der eurokommunistischen Formel wären demnach der Verzicht auf die revolutionäre Umgestaltung (Diktatur des Proletariats), der Parteienpluralismus (Verzicht auf den Totalitätsanspruch und die Suprematie der kommunistischen Parteien) und die Unabhängigkeit von Moskau (gegen den Begriff des proletarischen Internationalismus).

Es müssen aber nicht nur diese Profilanalogien zwischen autonomistischen Parteien hervorgehoben werden, sondern auch einige historische und politische Besonderheiten, die dem Gebrauch eines Sammelbegriffs wie "Eurokommunismus" entgegentreten.

In Portugal zum Beispiel ist Cunhals Partei zwar eine westeuropäische KP, aber ihre Linie bleibt geprägt durch Cunhals Lehrjahre in Moskau. In den Augen ihres nicht destalinisierten Führers muss die Macht durch Gewalt erobert und dann behalten werden, statt dass sie durch die Gunst der Wähler empfangen und eventuell durch ihre Ungunst wieder verloren werden müsse. Cunhal ist es gelungen, seinen auf rein politischer Ebene jetzt begrenzten Einfluss durch die Macht zu kompensieren, die er auf syndikalischer Ebene noch behält. Auf diese Plattform gestützt kann er sehr wohl auf bessere Zeiten warten.

Im Nachbarland Spanien befindet sich Carillos Partei schon in einer ganz anderen Lage: in einem demokratischen Zusammenhang, der durch den Misserfolg der von der extremen Linken nach Francos Tod anfangs verfolgten Linie des totalen Bruchs mit der Vergangenheit geprägt ist, und durch die auch heute noch lebendigen Erinnerungen an die blutigen Zusammenstöße während des spanischen Bürgerkriegs, hat eine relativ kleine Partei wie die spanische KP alles Interesse daran, eine abwartende Politik zu betreiben, die es ihr erlaubt, am spanischen politischen Leben offiziell teilzuhaben und, im Schatten der zurzeit weit mächtigeren PSOE, an der Festigung ihres demokratischen Images zu arbeiten.

In Frankreich dagegen ist die seit vielen Jahren fest verwurzelte Kommunistische Partei stark genug, um den Sozialisten ein ebenbürtiger Bündnispartner zu sein, dem aus diesem Bündnis einige beträchtliche Vorteile erwachsen (erleichterte Teilnahme am Wahlspiel, Einflussnahme auf sozialistische Entscheide). Es

stellt sich zugleich die Frage, da die französische KP unter Marchais Leitung in der letzten Zeit immer mehr eine Alternativpolitik zu entwickeln schien, die in die Richtung eines "historischen Kompromisses" weisen könnte (laute, im Grunde eher gaullistische Stellungnahmen im Bereiche der Nuklearverteidigung und der europäischen Parlamentswahlen), ob Marchais es nicht eher vermeiden möchte, das mit einer eventuellen Uebernahme der Regierungsgeschäfte verbundene Risiko eines Terrainverlusts unter kommunistischen Wählern, oder sogar das Risiko eines Hineinrutschens in totalitäre Verhältnisse ähnlich denjenigen, die jetzt in Osteuropa bestehen, zu laufen.

Und in Italien schliesslich scheint Berlinguer, der ja kein reiner Dogmatiker ist, sondern eher in einem gewissen Sinne in der Reihe gebildeter italienischer Staatsmänner wie Cavour Giolitti und jetzt Andreotti seinen Platz hat, mindestens so sehr wenn nicht noch mehr als sein französischer Kollege vor einer eigentlichen Regierungsübernahme und vor einem eventuellen Umformen Italiens zu einer Volksdemokratie zu schrecken. Der umsichtige Führer der stärksten KP Westeuropas, den ja seine versöhnliche Linie und seine Strategie des historischen Kompromisses bis in das Vorzimmer der Macht gebracht hat, muss darüber hinaus mit dem möglichen Widerstand der sich auf lokaler Ebene selbstverwaltenden unteren KP-Leute rechnen, die in einem Einzelparteistaat einen viel geringeren Mass an Autonomie geniessen würden. Berlinguer scheint es also noch weniger eilig zu haben als Marchais, die Regierungsgewalt zu übernehmen.

3. Die nächste ebenso entscheidende Frage, die nur schwer zu beantworten ist, lautet: "Ist das Sozialismusmodell der autonomistischen Parteien Westeuropas blosser Taktik zur Eroberung der Macht oder langfristige Strategie für eine erneuerte Form des Kommunismus?" Nach welchen Kriterien kann die Frage überhaupt beantwortet werden? Was gibt uns die Möglichkeit, die Proklama-

tionen der Eurokommunisten auf ihre Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit hin zu prüfen und die Wirkung allfälliger Zwänge zu ermessen?

Ein historischer Rückblick weckt eher Zweifel, denn die eurokommunistischen Stellungnahmen erinnern in erstaunlichem Mass an jene, welche osteuropäische Parteiführer während und unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg abgegeben haben: 1944 sagte Jozsef Revai von der ungarischen kommunistischen Partei (ein eingeschworener Stalinist): "Ich erkläre, dass wir die nationale Zusammenarbeit unter den verschiedenen Parteien nicht als eine vorübergehende politische Koalition betrachten, nicht bloss als taktischen Schachzug, sondern als eine dauernde Allianz. Wir stehen zu unserem gegebenen Wort".

Oder der Bulgare Georgi Dimitrov, der frühere Generalsekretär der kommunistischen Internationalen im Jahre 1945: "Die Behauptung, die Kommunisten wollten die Macht allein und ausschliesslich für sich ... ist eine bössartige Legende und eine Verleumdung. Es ist nicht wahr, dass die Kommunisten eine Einparteienregierung haben wollen".

Und schliesslich Wladislaw Gomulka im Jahre 1946: "Der polnische Weg zum Sozialismus ist von besonderer Art, denn er umgeht die Notwendigkeit eines gewaltsamen, revolutionären politischen Umsturzes ... er macht die Diktatur des Proletariats überflüssig ...".

Doch historische Analogien sagen an sich noch wenig aus und können völlig fehlleiten. Die Umstände sind ja immer wieder verschieden. Osteuropa nach dem zweiten Weltkrieg ist nicht Westeuropa in den siebziger Jahren. Damals war die Sowjetunion der unmittelbare Nachbar der betreffenden Staaten und die Rote Armee stand bereits im Land; auch kannte keine der osteuropäischen

Staaten ausser der Tschechoslowakei eine nennenswerte demokratische Vergangenheit. Mit ebensoviel Recht weisen Kommunisten heute darauf hin, dass sie nach dem zweiten Weltkrieg an verschiedensten europäischen Regierungen beteiligt waren, ohne dass sie je nach der Hegemonie getrachtet hätten; unter anderem in Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Oesterreich, Griechenland, Norwegen, Dänemark, Island und Finland. Auch das beweist noch nicht, dass sich die eurokommunistischen Parteien auch in Zukunft an die demokratischen Spielregeln halten würden. Unbestreitbar aber beweist dies, dass sich auch die Kommunisten sorgfältig auf das abstimmen, was ihnen unter gegebenen Umständen politisch machbar scheint.

Ein anderes Kriterium, mit dem man die Aufrichtigkeit der eurokommunistischen Programmatik bis zu einem gewissen Grad ermessen könnte, ist die Reaktionsweise des Kreml und seiner Verbündeten auf sie. Die harte Abrechnung Moskaus mit Carillos Buch "Eurokommunismus und Staat" müsste dann ein Hinweis darauf sein, dass man auch im Kreml in den eurokommunistischen Absichtserklärungen mehr als blosser Worte sieht. Es gibt zwar diplomatische Beobachter, die aus der Schnelligkeit, mit der die KPE auf die sowjetischen Vorwürfe reagierte, auf ein abgekartetes Spiel schliessen wollen. Der Kreml hätte danach Carillo "abgekanzelt", um ihm auf diese Weise eine besonders günstige Gelegenheit zu schaffen, seine Unabhängigkeit zu beweisen. Diese Ueberlegung scheint uns nicht nur zu verwickelt, der Machiavellismus, den sie dem Kreml zumisst, will auch nicht recht zu dessen sonst recht plumpem und direktem Vorgehen passen. Und vor allem ist es kaum anzunehmen, dass man Unsicherheit und Zweifel bei den eigenen Lesern in Kauf nehmen würde, nur um einer "Bruderpartei" einen zweifelhaften wahltaktischen Vorteil zu verschaffen. Gerade die Tatsache, dass die sowjetische "Abkanzelung" kurz nach den spanischen Wahlen erfolgte, beweist im Gegenteil, dass es dem Kreml darum ging, den Misserfolg der spanischen Formel zu unterstreichen.

- 7 -

Moskaus Stellungnahme zu Carillos Buch ist zwar die bisher schärfste, aber nicht die einzige Verurteilung des Eurokommunismus durch die "Orthodoxie". Aehnliches konnte man schon vorher aus dem Kreml, aber auch aus Ostberlin, Prag oder Sofia vernehmen, während Jugoslawien und Rumänien die Ansprüche der westeuropäischen kommunistischen Parteien unterstützen, was ebensoviel aussagt.

Wie ernst die Programme für einen neuen "Sozialismus mit humanem Gesicht" gemeint sind, muss sich auch in der Haltung der betreffenden Parteien gegenüber den Zuständen in Osteuropa zeigen. Diese ist nun allerdings nicht so eindeutig, wie man es sich gerne wünschte:

- Einerseits äusserten die französischen, die italienischen und vor allem die spanischen Kommunisten seit geraumer Zeit Kritik an einzelnen Zuständen und Vorkommnissen in Osteuropa, vom Einfall in der CSSR bis zur Reaktion auf die Arbeiterunruhen in Polen im vergangenen Jahr. Carillo, wie meistens der prononcierteste, trieb seine Kritik sogar soweit, dass er der UdSSR vorwarf, den Sozialismus überhaupt noch nicht verwirklicht zu haben.
- Auf der anderen Seite brachte Carillo seine Mitkämpfer Berlinguer und Marchais am Dreiertreffen in Madrid vom März dieses Jahres nicht dazu, gewisse osteuropäische Länder wegen ihrem Vorgehen gegen die Bürgerrechtskämpfer offen zu verurteilen. Das mag damit zu erklären sein, dass auch die Eurokommunisten an einem Bruch im kommunistischen Parteienlager Europas doch nicht interessiert sind.

4. Welche Folge müsste es nun haben, wenn in absehbarer Zukunft eine kommunistische Partei in Frankreich, Italien oder - was sehr unwahrscheinlich ist - in Spanien an die Macht käme? Welche aussenpolitischen Positionen würde sie beziehen? Würde sie ihre Unabhängigkeit von Moskau in dem Masse verwirklichen wollen und können, wie sie es heute behauptet?

- 8 -

Diese Frage kann nicht leicht beantwortet werden, wegen der extremen Zweideutigkeit der "eurokommunistischen" Stellungnahmen auf aussenpolitischem Gebiet. Es gilt, zuallererst im Auge zu behalten, dass in keinem westeuropäischen Staat eine kommunistische Partei als alleinige die Macht übernehmen kann, ja nicht einmal als die dominierende. Eine kommunistische Partei könnte also ihre Politik, welche ihr Land unter den Einfluss der Sowjetunion bringen wollte, nur mit Gewalt gegenüber den andern politischen Kräften durchsetzen. Die Anwendung von Gewalt aber hat sich im Westen, wie die Beispiele Chile und Portugal zeigten, als nicht gangbaren Weg herausgestellt. Man muss annehmen, dass Chile und Portugal auch in den eurokommunistischen Führern einen Lernprozess auslösten.

Im weitern muss auch an dieser Stelle die geopolitische Lage der westeuropäischen Staaten hervorgehoben werden, die aus der Sowjetunion einen relativ fernabliegenden Beobachter macht.

Es wäre aber immerhin denkbar, dass durch die kommunistische Regierungsbeteiligung ein Prozess ausgelöst wird, in dem Westeuropa in zunehmendem Masse neutralisiert wird, der Einfluss der USA ab- und jener der Sowjetunion zunimmt, kurzum, in dem Europa "finlandisiert" würde. Die Anlehnung an Moskau könnte auch über den Weg der Behauptung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität gegenüber den Vereinigten Staaten und der Entstehung eines westeuropäischen Blocks kommunistischer Prägung, der sich von der UdSSR weniger distanzieren würde als jetzt, erfolgen.

Zur Beurteilung dieser Entwicklungsmöglichkeit hat man die weitgehende wirtschaftliche und politische Integration Westeuropas in Betracht zu ziehen. Diese starke ökonomische Interdependenz hat eine wirksame politische Dimension. Gerade das Beispiel Portugals zeigte, welches Druckmittel die Gewährung bezie-

ungsweise Nichtgewährung von Hilfe darstellt. Ohne die in Frage stehende Wirtschaftshilfe von aussen aber könnte keines der betroffenen Länder überleben, und genügende Hilfe aus dem Osten ist ausgeschlossen.

Aber haben die eurokommunistischen Parteien überhaupt ein Interesse daran, ihre Staaten unter die weltpolitische Vorherrschaft Moskaus zu bringen? Wenn die italienischen Kommunisten heute nichts mehr gegen die Mitgliedschaft ihres Landes in der NATO einzuwenden haben, dürfte dies ehrlich gemeint sein: die politische Unabhängigkeit des Landes ist ja die einzige Garantie ihrer eigenen parteipolitischen Unabhängigkeit. So gesehen scheint es wenigstens möglich, dass die westeuropäischen Parteien in dem Fall, wo sie auf parlamentarischem Wege an die Macht gelangen würden, eher danach trachten würden, ein neues, soweit wie möglich von Moskau autonomes Zentrum der kommunistischen Bewegung zu bilden. Es ist nur die andere Seite desselben Verhältnisses, wenn die Sowjetunion mit ihrem aussenpolitischen Verhalten gegenüber Westeuropa die Machtergreifung der eurokommunistischen Parteien in keiner Weise fördert, sondern hemmt. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die UdSSR zuallererst ein Imperium ist, dessen erste Sorge in der Existenzsicherung besteht. Dazu aber sind stabile Verhältnisse die beste Gewähr. Die Machtergreifung durch eurokommunistische Parteien würde aber destabilisierend wirken, ganz zu schweigen vom ideologischen Propagandaeffekt, den diese "liberalen" Parteien dann auf den Osten haben würden.

- 5) Zusammenfassend kann man festhalten, dass die internationale Umwelt die wichtigste Bedingung für das künftige Agieren der eurokommunistischen Parteien darstellt. Ganz natürlich streben auch diese Parteien nach mehr Macht und Einfluss. Aber wir müssen uns nun nicht so sehr fragen, welches ihre abschliessenden Ziele und ideologische Basis sei. Viel wichtiger ist es, ob die Eurokommunisten pragmatisch und realistisch genug sind, nur das anzustreben, was unter den gegebenen Bedingungen möglich ist, selbst

- 10 -

wenn dieses Mögliche im Gegensatz zu ihren angestrebten Endzielen steht.

So betrachtet kann man sehr wohl Zweifel hegen, dass die Eurokommunisten Parteienpluralismus und Liberalität zu ihren langfristigen Zielen gemacht haben und doch annehmen, dass sie diese Forderungen ehrlich zu verwirklichen trachten, da ihnen unter den gegebenen aussen- und innenpolitischen Umständen gar nichts anderes übrig bleibt.